



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/ZVI/54 - 6. März 1968

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>48,42 Milliarden DM!</u> Vorschau auf die Etatberatung Von H.G. Ritzel, MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses	72
3	<u>Belastungsprobe für das Commonwealth</u> Südafrikas Rassenpolitik im Mittelpunkt	50
4	<u>Nicht nur in einer Woche!</u> Ein gutes Wort des Bundespräsidenten	18
4	<u>Auf Besuch in Bonn</u> Eine Bitte an Bundesminister	25
5 - 7	<u>Luftverunreinigung - ein Grundübel unserer Zeit (I)</u> Von Prof. Dr. Karl Bechers, MdB	150

\* \* \*

Zur Beachtung:

Wir machen unsere Abonnenten darauf aufmerksam, dass wir im Anhang unseres heutigen Dienstes eine Darstellung der Zusammenhänge der DM-Aufwertung beifügen. (Volkswirtschaft)

\* \* \* \*

48,149 Milliarden DM!

Vorschau auf die Etatberatung

Von H.G. Ritzel, MdB,  
Mitglied des Haushaltsausschusses

Der Deutsche Bundestag wird am 8. März mit der zweiten Beratung des Haushalts für das Rechnungsjahr 1961 beginnen. Bundesfinanzminister Etzel hat in der abschliessenden Sitzung des Haushaltsausschusses attestiert, dass dieser mit grösster Mühe und Sorgfalt seiner schweren Aufgabe nachgekommen sei. Die Beratungen waren schwer, weil sie unter Zeitdruck standen, nachdem der Entwurf der Regierung mit wesentlicher Verspätung eingebracht wurde und nachdem zahlreiche Änderungsvorschläge zu den Einzelplänen hinzugekommen waren. Der Gesamtabschluss stellt sich jetzt in Einnahme und Ausgabe auf 48 Milliarden 149,3 Millionen DM.

#### Irreführende Endsumme

Der Haushaltsausschuss konnte auf der ausgabenseite 41,6 Millionen DM einsparen. Die Änderungsvorschläge der Regierung brachten entgegen dem ursprünglichen Entwurf entscheidende Mehrbelastungen. So mussten die Personal- und Sachkosten des Auswärtigen Amtes um 41,5 Millionen DM erhöht werden, die des Ministeriums des Innern um 47,5 Millionen DM, zugunsten der Landwirtschaft wurde der Ansatz beim Haushalt des Ernährungsministeriums um 400 Millionen DM erhöht. Im Sozialministerium traten Mehrausgaben von 445 Millionen DM in Erscheinung, im Wohnungsbauministerium Mehrausgaben von 118 Millionen DM. Bei der Bundesschuld stiegen die Aufwendungen um 231 Millionen DM und im Bereich der Allgemeinen Finanzverwaltung um 2,7 Milliarden DM. Insgesamt betragen die Verschlechterungen des Haushalts gegenüber dem ursprünglichen Entwurf 4 139 569 200 DM, denen Verbesserungen durch Einsparungen und Höhererschätzung der zu erwartenden Steuereinnahmen gegenüberstehen, so dass zusammen mit der Verrechnung von Vorauszahlungen zu Lasten des Bundeshaushalts 1960 der 48 Milliarden - Haushalt des Rechnungsjahres 1961 ausgeglichen werden konnte.

Dieser Ausgleich ist zunächst Theorie. Er erfüllt aber die Bestimmungen des Grundgesetzes und er wird Wahrheit, wenn die Einnahmeerwartungen der Bundesregierung zutreffen, die von einer 9-prozentigen

steigerung des Sozialprodukts ausgehen. Die Endsumme des Haushalts, wie sie als Ergebnis der Ausschussberatung dem Plenum nun vorgelegt wird, ist insofern irreführend, als in dieser Summe der Betrag von 1,5 Milliarden M als durchlaufender Posten enthalten ist, der von der deutschen Wirtschaft in Anleihenweg zugunsten der Entwicklungshilfe aufgebracht werden soll. Diese Anleihezeichnung ist noch nicht abgeschlossen, das Ergebnis wird dem Bund zugunsten der Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt.

### Die "grossen Brocken"

Es ist nun Sache des Bundestages, in der zweiten und dritten Beratung den Bundeshaushalt 1961 endgültige Gestalt zu geben. Mit Sicherheit wird angenommen, dass in grossen und kleinen Fragen eine Reihe von Abänderungsanträgen aus den verschiedensten Gründen erfolgen werden. Am Gesamtbild des Haushalts dürfte sich jedoch nichts Entscheidendes ändern. Das Problem der Ausgaben wird von dem Problem der Einnahme beherrscht: Auch für den Deutschen Bundestag gilt die Verpflichtung, einen in sich abgeschlossenen Haushalt zu verabschieden.

Militärleistungen, Sozialausgaben, Ausgaben für den Verkehr, für den auswärtigen Dienst und für die Landwirtschaft stellen den Löwenanteil auf der Ausgabenseite.

### Entwicklungshilfe

Ein besonderes Kapitel des Bundeshaushalts bezieht sich auf die Ausgaben zugunsten der Entwicklungshilfe. Der vorliegende Haushalt enthält im ganzen mehr als 2 Milliarden für Entwicklungshilfe. Dazu sollen in dem Haushaltsgesetz noch Bindungsermächtigungen von 500 Millionen DM hinzutreten. Mit den Leistungen der Länder (500 Mio. DM), der Kreditanstalt für Wiederaufbau (300 Mio. DM) und aus dem ERP-Sondervermögen (687 Mio. DM) übersteigen die in 1961 flüssig gemachten und noch flüssig zu machenden Beträge die Summe von 4 Milliarden DM.

### Neue Aufgaben für neuen Bundestag

Der Haushalt 1961 umfasst zum ersten Mal ein volles Rechnungsjahr, das sich dem Kalenderjahr anpasst. Die Hoffnungen, die an die Angleichung des Rechnungsjahres an das Kalenderjahr geknüpft wurden, haben sich nur zum Teil erfüllt. Ernste Nachteile, besonders in bezug auf die einzuhaltenden Fristen, sind unvermeidbar. Unvermeidbar ist aber auch die Wirkung der Neuwahl des Bundestages auf die Gestaltung des Haushalts 1962. Es ist nicht zu erwarten, dass die Bundesregierung auf Grund der zweifelsfrei zu leistenden Vorarbeiten einen Haushaltsentwurf im Parlament vorlegen wird, das diesen Entwurf nicht mehr beraten kann. Damit kommt auf den im September neu zu wählenden Vierten Bundestag eine erste große Aufgabe zu und die neu in den Bundestag eintretenden Abgeordneten werden dem Ansturm einer Fülle von Problemen ausgesetzt sein, deren Meisterung innerhalb der gesetzlichen Frist bis zum 31. Dezember 1961 schon heute als eine Unmöglichkeit erscheint.

### Belastungsprobe für das Commonwealth

H.P. - Am 9. März beginnt in London die Konferenz der Regierungen der Commonwealthstaaten. Es ist die zehnte dieser Art seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und seitdem etwa die Hälfte der teilnehmenden Staaten ihre Unabhängigkeit gewonnen haben. Wie in der britischen Gesetzgebung überhaupt, beruht der Status der Mitglieder weniger auf verfassungsmässigen Abmachungen als auf losen und geschichtlich bedingten Vereinbarungen. Obwohl gerade die Verbundenheit mit dem Königtum als das gemeinsame Band betrachtet wird, sind eine Reihe der Mitgliedsstaaten bereits zur republikanischen Staatsform übergegangen, ohne dass dies zu irgendeiner Beeinträchtigung des Verhältnisses geführt hätte.

Auf der Tagesordnung steht wie immer eine Erörterung der internationalen Lage. Genauer ausgedrückt, werden die Frage der Abrüstung, eine mögliche Gipfelkonferenz der Grossmächte, und die Handelsbeziehungen des Commonwealth eine Rolle spielen. Die letzten britischen Vorschläge, die als eine Annäherung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gewertet wurden, werden mit den Vertretern des Commonwealth erneut beraten werden. Auch über die Zulassung bzw. Wiedenzulassung von Staaten in den Commonwealth-"Klub" muss entschieden werden. Die Republik Zypern hat um Aufnahme gebeten, ebenso wie Sierra Leone, das im April unabhängig wird. Südafrika, welches sich nach einer Volksentscheid für die Republik entschied, aber im Commonwealth bleiben will, hat ebenfalls um Neuaufnahme nachgesucht. Schliesslich wird auch besprochen werden, ob und wie man die britischen Kolonialgebiete, die sich auf dem Wege zur Selbständigkeit befinden, in den Commonwealth-Klub einbeziehen kann.

Bei der Fülle von Problemen sieht man mit einiger Unruhe der Möglichkeit entgegen, dass die extreme Rassenpolitik der süd-afrikanischen Regierung die gesamte Konferenz beherrschen könnte. Am Tage der Eröffnung sollen Massendemonstrationen stattfinden, zu denen der Afrikanische Nationalkongress und der Panafrikanische Kongress aufgerufen haben. Beide Organisationen sind in Südafrika verboten. Zusammen mit anderen Organisationen repräsentieren sie aber etwa 9 Millionen Einwohner Südafrikas, denen als Nicht-Weisse auch das Wahlrecht versagt ist.

Gerade in diesen Tagen wird die Frage der Apartheid-Politik wieder ausführlich in der britischen Presse behandelt. Den Anlass dazu bietet der Rücktritt des anglikanischen Bischofs von Johannesburg, Dr. Reeves, der sich in Wort und Schrift gegen die Rassenpolitik gewandt hat. Nach dem Gemetzel von Sharpeville im Herbst letzten Jahres hat er mutig seine Stimme erhoben und wurde kurze Zeit später von der südafrikanischen Regierung des Landes verwiesen. Im Interesse seiner Diözese, die seitdem verwaist war, ist der Bischof nun zurückgetreten.

Selbst bei grösster Loyalität gegenüber anderen Commonwealthstaaten können die Vertreter Asiens und Afrikas im Commonwealth diese Frage nicht unbeachtet lassen, ohne "ihr Gesicht" zu verlieren. Die Haltung des Ministerpräsidenten der Föderation Rhodesien, Sir Roy Welensky, die sich kaum von der Dr. Verwoerds aus Südafrika unterscheidet, wird in diesem Zusammenhang erörtert werden, wobei Politiker wie Nehru, Nkrumah, Frau Bandaranaike und andere Regierungschefs unabhängiger Staaten kein Blatt vor den Mund nehmen werden.

Nicht nur in einer Woche!

sp - In vielen Orten der Bundesrepublik wurde am Sonntag die "Woche der Brüderlichkeit" mit feierlichen Veranstaltungen eröffnet. Christen und Juden gedachten gemeinsam der Opfer rassistischer und religiöser Verfolgung und waren eins in dem Willen, Trennendes zu überwinden und "den Nächsten wie sich selbst zu lieben". Bundespräsident Heinrich Lübke hat in der Paulskirche zu Frankfurt das gute Wort von der Wiedergutmachung gesprochen, die nicht nur im Materiellen verstanden werden dürfe. Mord, Verfolgung, Verlust der Heimat und Niedertracht - alles das kann niemals mit einigen Mark ungeschehen gemacht werden. Der Bundespräsident sprach davon, dass ein wesentlicher Teil der Wiedergutmachung auch die Verfolgung der Mörder sei; ferner alle Bemühungen um geistigen Kontakt zwischen Deutschem und Judentum, sowie um das Verständnis jüdischer Geschichte und Kultur. Das ist ein gutes Wort. Der Bundespräsident hat damit ausgesprochen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, woran sich jedoch viele unter uns nicht nur in der "Woche der Brüderlichkeit" erinnern sollten. Unser Wunsch und unsere Hoffnung ist es, dass die Worte Lübkes Eingang finden mögen in das Herz und die Seele unseres Volkes.

+ + +

Auf Besuch in Bonn

sp - Der Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten Kennedy, A. Harriman, weißt derzeit zu einem zweitägigen Besuch in Bonn. Der Zweck seiner Reise ist wohl nicht ausschliesslich in der Übermittlung einer an den Bundeskanzler Adenauer persönlich gerichteten Sonderbotschaft Kennedy zu suchen. Lange und ausführliche Gespräche sind auch mit anderen Bundesministern vorgesehen und sie dürften den weiten Bereich des Finanziellen und Politischen umfassen... Hier liegt zwischen Bonn und Washington manches im argen, die für beide Seiten unerlässliche, weil auf Verteidigung der Freiheit beruhenden Freundschaft hat gerade in letzter Zeit gewisse Trübungen erfahren, es gab Missheiligkeiten und Verstimmungen. Zu wünschen wäre, dass sich der Bundeskanzler und seine Minister im Gespräch mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten der Mühe unterwerfen, wenigstens eine einheitliche Linie zu bestehen, um nachträgliche einander entgegengesetzte oder abweichende Deutungen und Auslegungen zu vermeiden. Es hat der Position der Bundesrepublik einigermassen geschadet, dass etwa der Bundeswirtschaftsminister nicht wahrhaben wollte, was sein Kollege Aussenminister bei seinem USA-Besuch versprochen hatte. Harriman gilt als ein kühler Kopf und guter Beobachter. Was er über Bonn und seine Gespräche mit Bundesministern an Eindrücken mitbekommt, wird die künftige Atmosphäre zwischen Bonn und Washington wesentlich mitbestimmen. Unsere Diplomatie zeigte ohnehin in den letzten Monaten keine glückliche Hand; gut wäre es, wenigstens diesmal Pannen zu vermeiden. Kennedy will wissen, woran er mit uns ist. Man sollte es ihm nicht schwer machen, was freilich Offenheit und gebotene Zurückhaltung nicht ausschliessen muss.

+ + +

## Luftverunreinigung - ein Grundübel unserer Zeit (I)

Von Prof. Dr. Karl Bechert, MdB

"Verunreinigung der Luft, was kann das schon viel schaden? Die Leute im Ruhrgebiet legen schon lange in 'dicker Luft' und werden doch nicht krank davon". Solche Meinungen konnte man noch vor einigen Jahren bei öffentlichen Diskussionen über die Frage hören, ob etwas gegen die zunehmende Verschmutzung der Luft getan werden müsste. Der billige Trost: "Man sieht doch keinen Schaden, also wird es schon nicht so schlimm sein" sollte uns allmählich leid werden. Er hat uns oft genug betrogen und betrügt uns immer mehr. Denn es kommen immer mehr Gefahren auf uns zu, die schleichend sind, die erst nach langer Zeit ihres heimlichen Wirkens offenbar werden.

### "Dunstglocke"

Im Ruhrgebiet gibt es Gegenden, wo im Stadtgebiet bis zu achtmal mehr an Staub auf den qm Boden fällt als einige Kilometer davon entfernt auf dem Land im dörflichen Gebiet. Und was da alles herunterkommt! Staub verschiedenster Art, vermischt mit Eisen - und leider in recht grosser Menge auch mit Schwefelverbindungen, welche Gesundheit und Wohlbefinden der dort lebenden Menschen erheblich beeinträchtigen können. Besonders schlimm ist das bei feuchten, windstillen Wetter, wenn gar noch Nebel dazu kommt. Andererseits können Staub und Abgase von Industriewerken selber Dunst und Nebel hervorrufen. Über grösseren Industriegebieten liegt regelmässig eine Dunstschicht, die berühmte "Dunstglocke". Sie lässt, wie jeder Dunst, weniger Sonnenlicht durch als saubere, reine Luft. Man sieht darnicht nur weniger weit und es muss mehr Strom für Licht in solchen Gebieten ausgegeben werden, sondern - was viel wichtiger ist - die Sonnenstrahlung wird erheblich vermindert.

Sonnenlicht gefällt uns nicht nur, es ist für unsere Gesundheit unentbehrlich. Messungen haben ergeben, dass in der gewiss nicht staubfreien Grosstadt Hannover noch viel mehr Sonnenlicht den Boden und damit die Menschen erreicht, als im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. In B o c h u m betrug die Sonnenstrahlung im Sommerdurchschnitt nur etwa zwei Drittel der Sonnenstrahlung, die den Menschen in H a n n o v e r vergönnt ist. Mit dem Sonnenlicht wird durch den Industriestaub und die Werksabgase zugleich die für den Menschen besonders wichtige Ultraviolettstrahlung aus dem Tageslicht weggenommen. Das Ultraviolett regt in der Haut die Bildung einer Vorform des Vitamins D an. Vitamin D ist aber das antirachitische Vitamin, das Vitamin, welches die Rachitis verhindert. Weniger Sonnenlicht, mehr rachitische Kinder heisst das, auf eine kurze Formel gebracht.

### Erschreckerde Untersuchungsergebnisse

Das ist keine Vermutung, die aus sonstigen Erfahrungen der Wissenschaft gezogen wäre, das ist durch medizinische Untersuchungen an Kindern in der Stadt O b e r h a u s e n im Ruhrgebiet bewiesen worden. Untersucht wurden Säuglinge und 12-Jährige aus der Stadt Oberhausen, verglichen wurden sie mit Säuglingen und 12-Jährigen aus den industriearmen Landkreisen Empel-Rees und Geldern. Das Ergebnis war: Bei den Säuglingen aus der Stadt waren die Rachitiszeichen zweimal häufiger als bei den Säuglingen vom Land, und bei den 12-Jährigen waren die Veränderungen der Blutvorgänge, die mit Rachitis einhergehen, deutlich stärker ausgeprägt und häufiger als bei den 12-Jährigen vom Lande. Untersucht wurden mehrere tausend Kinder.

Ebenso deutlich und ebenso ungünstig für die Stadtkinder war der Befund bei über 8 000 Volksschülern im Alter von 6 bis 14 Jahren, als man das rote Blutbild verglich. Die Landkinder hatten viel mehr rote Blutkörperchen

6. März 1961

und viel mehr roten Blutfarbstoff als die Stadtkinder. Der rote Blutfarbstoff ist der Träger des lebenswichtigen Sauerstoffs im Blute, er sorgt dafür, dass die für die Ernährung und Atmung wichtigen Vorgänge mit der nötigen "Tourenzahl" ablaufen.

Das gleiche Bild zeigt sich, wenn man vergleicht, wie schnell die Kinder wachsen und wie schwer sie sind. Untersucht wurden fast 10 000 Schulkinder; im Durchschnitt waren die Landkinder grösser und schwerer.

Für Nörgler und Zweifler, die es nicht wahrhaben möchten, dass die heutige Industrieluft nicht gesund ist, sei gesagt: Die Untersuchungen sind mit grosser Sorgfalt gemacht worden, alle die vielen Umstände - der Wissenschaftler sagt: "Fehlerquellen" -, die bei solcher statistischen Auswertung berücksichtigt werden müssen, die Einflüsse der Ernährung, Vererbung usw. sind beachtet worden. Es handelt sich um eine amtliche Veröffentlichung aus dem Gesundheitsamt der Stadt Oberhausen und dem Hygieneinstitut des Ruhrgebietes in Gelsenkirchen.

#### Stadtkind - Landkind

In dem Bericht stehen auch die Ergebnisse einer Untersuchung von krankhaften Veränderungen, die durch Luftverunreinigung ausgelöst werden können. Das ist erstens die Bronchitis, eine Erkrankung der Bronchien, der Luftwege oberhalb der Lungen. Sie kommt bei Bergleuten und chemischen Arbeitern in diesem Industriegebiet sehr häufig vor, also bei Erwachsenen, welche im Beruf besonders stark dem Staub und dem schädlichen Reiz chemischer Gase ausgesetzt sind. Vergleicht man die Zahl der Bronchitiserkrankungen, wie sie in einem bestimmten Bezirk in der Industriestadt Oberhausen bei Erwachsenen aufgetreten sind, mit der Zahl solcher Erkrankungen in den ziemlich staubfreien Landkreisen, so zeigt sich deutlich eine grössere Häufigkeit bei den Erwachsenen, die in der Industrieluft von Oberhausen leben müssen. Für die Nörgler und Zweifler: Untersucht wurden 240 000 Menschen, das Ergebnis ist also über jeden Vorwurf erhaben, dass zu wenig Beobachtungsmaterial vorgelegen habe und der Schluss deshalb nicht sicher genug sei.

Aber, was noch wichtiger ist: bei den Kindern, die doch noch keiner solchen Berufsbelastung durch Staub und ungesunde Luft ausgesetzt sind, ist der Unterschied zwischen Stadt und Land noch viel grösser als bei den Erwachsenen. Fast 1 1/2 mal mehr Stadtkinder erkranken an Bronchitis als Landkinder, während es bei den Erwachsenen nur etwa 10 Prozent mehr Bronchitiserkrankungen in der Stadt als auf dem Lande gibt. Der kindliche Körper ist gegenüber der Staubluft der Industriestadt viel empfindlicher, antwortet viel leichter darauf mit Erkrankung der oberen Luftwege als der widerstandsfähigere Erwachsenenkörper. Staub, Ruß und die Schwefelverbindungen Schwefeldioxyd, welche Hustenreiz und Entzündungen hervorrufen können, sind in den grossen Industriestädten und noch mehr in den grossen flächhaften Bereichen der Industriegebiete in grosser Menge aus den Schornsteinen und den Industrieanlagen.

Aber weiter: Die Häufigkeit der Verletzungen der Augenhornhaut und der Entzündungen der Augenbindehäute ist bei den Stadtkindern im Bereich von Oberhausen viermal so gross wie bei den Landkindern. Natürlich sind dabei die ansteckenden Bindehautentzündungen nicht mitgezählt, weil sie ja auf Ansteckung beruhen und nicht auf Industriestaub. Auch hier zeigt sich wieder, dass die Kinder gefährdeter sind als die Erwachsenen. Der Unterschied zwischen Stadt und Land ist bei den Kindern viel grösser als bei den Erwachsenen, wo die Häufigkeit der Hornhautverletzungen und Binde-

hautentzündungen in der Industriestadt nur etwa doppelt so gross ist wie bei der Landbevölkerung.

#### Unterschiede innerhalb einer Stadt

Sogar innerhalb der Stadt Oberhausen selbst sind wissenschaftlich gesicherte Unterschiede in der Schwere der körperlichen Schädigung bei den untersuchten Kindern festgestellt worden. Die Luft ist am schlechtesten im Stadtteil Osterfeld, dort ist sie am meisten verschmutzt, dort ist der Eisen- und Schwefelgehalt in der Atemluft am grössten. Dort ist das Blutbild der Kinder am schlechtesten, der Gehalt an rotem Blutfarbstoff und roten Blutkörperchen am geringsten. Je schmutziger, je unreiner die Luft, desto ungesünder, desto schädlicher ist sie für die Kinder.

Die Untersuchung ist vor zwei Jahren, im März 1959, veröffentlicht worden, aber die Öffentlichkeit hat wenig oder nichts davon erfahren. Es wäre dringend nötig, ähnliche Untersuchungen in anderen Teilen des Ruhrgebietes zu machen und in anderen Ballungsgebieten unserer Industrie. Die Befunde sind umso aufregender, als ja die Stadtbevölkerung im Durchschnitt in der Bundesrepublik ärztlich weit besser versorgt ist als die Landbevölkerung, und als gewöhnlich der Gesundheitszustand der Menschen in der Stadt besser ist als auf dem Lande. Der Oberhausener Befund zeigt genau das Gegenteil bei den untersuchten Krankheiten und Schädigungen. Er zeigt, dass in den grossen Ballungsgebieten der Industrie und in der Nähe von stark schmutzenden und die Luft verunreinigenden Werken Abhilfe dringend nötig ist.

#### Nicht nur im Ruhrgebiet!

Und wie steht's damit in anderen Gebieten als dem Ruhrgebiet? Auch darüber gibt es einen Bericht, vom niedersächsischen Landesverwaltungsamt, der sich auf ein Gutachten des Bundesgesundheitsamtes stützt, das im Jahre 1959 erstattet wurde. Der Bericht behandelt die Luftverunreinigung in den Räumen von Salzgitter, Offleben und Oker-Harlingerode, wie sie im Jahre 1956 vom Bundesgesundheitsamt festgestellt wurde. Und leider sind die Verhältnisse mittlerweile dort nicht besser geworden, in manchen erheblich schlechter.

Der Bericht gibt an, dass nach den jahrzehntelangen Erfahrungen des Gesundheitsamtes Flugstaub dann als erheblich belästigend im Sinn des Bürgerlichen Gesetzbuches anzusehen ist, wenn in der vorherrschenden Windrichtung mehr als 3 kg Staub im Monatsdurchschnitt auf hundert qm Auffangfläche fallen. Das gilt, wenn der Staub nicht auch noch giftig ist. Ist er giftig, so muss unter allen Umständen dafür gesorgt werden, dass er den Betrieb nicht verlassen kann, sagt das Gutachten. Nach diesem Gutachten des Bundesgesundheitsamtes sollten die Behörden dann eingreifen, wenn auf der Stelle höchsten Staubfalles ausserhalb des Werksgeländes im Monatsdurchschnitt mehr als 3 kg ungiftigen Staubs auf 100 qm fallen. Das Gutachten zeigt aber, wie es wirklich steht. Der im Gutachten gerade noch für zumutbar gehaltene Staubfall von 3 kg pro Monat und 100 qm Fläche wird "nicht selten erheblich überschritten", sagt das Gutachten. "So haben wir z.B. in der Hauptwindrichtung grosser Braunkohlenkraftwerke bis in Entfernungen von etwa 1 km - auf 100 qm Auffangfläche umgerechnet - monatliche Staubbiederschläge von 16 kg gemessen".

(wird fortgesetzt)

+ + +